71. ordentlicher Landesparteitag der FDP Nordrhein-Westfalen am 14./15. April 2018 in Siegen

Beschluss Nr. A 18-2-16 Seite 1 **Antragstitel:** Bürgerrechte im Zeitalter der Digitalisierung stärken 1 2 3 **Antragsteller: Junge Liberale NRW** 4 5 Der Landesparteitag beschließt: 6 7 Der Landesverband der FDP Nordrhein-Westfalen setzt sich auch im digitalen Zeitalter für eine 8 Stärkung von Bürgerrechten ein. 9 10 Mit dem von der Großen Koalition eingeführten Netzwerkdurchsetzungsgesetz werden Betrei-11 ber großer Social Media Plattformen zu einer Löschung problematischer und gemeldeter Inhalte 12 verpflichtet. Der Landesverband der FDP NRW sieht die dadurch entstehende Verlagerung der 13 Rechtsdurchsetzung in die Hand von privaten Unternehmen als äußerst bedenklich an und for-14 dert deswegen die sofortige Abschaffung dieses Gesetzes. 15 16 Unter dem Schlagwort Hate Speech wird seit einiger Zeit vor allem mit Blick auf Soziale Netz-17 werke diskutiert, wie gegen "hasserfüllte" Äußerungen vorgegangen werden kann. Dabei wird 18 häufig auch eine Verschärfung bestehender Gesetze gefordert. Der Landesverband der FDP 19 NRW hält die bestehenden Rechtslage vor ausreichend und warnt vor einem Verbot von "Hate 20 Speech". Dieser unklare Begriff lädt dazu ein, unerwünschte Meinungen zu pönalisieren. Statt-21 dessen fordert der Landesverband der FDP NRW, das geltende Recht, vor allem folgende Straf-22 tatbestände auch im Internet durchzusetzen: 23 24 - §111 StGB (Öffentliche Aufforderung zu Straftaten); 25 - §130 StGB (Volksverhetzung); 26 - §140 StGB (Belohnung und Billigung von Straftaten); 27 - §185 StGB (Beleidigung) sowie 28 - §241 StGB (Bedrohung)

Polizei und Staatsanwaltschaften haben auf digitale Straftaten bezogene Schwerpunktabteilungen einzurichten. Der Verfolgungsdruck ist, auch durch mehr Personal, deutlich zu erhöhen.

29 30

31